JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kasse

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 22 | Bremen, den 15. November 1931 | 3. Jahrgang

JÜDISCHES
GEMEINDEBLATT
MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE
AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG
BREMEN
Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet
Verlagsort Kassel
Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich
Nr. 22 Bremen, den 15. November 1931 3. Jahrgang

Kommt er, oder kommt er nicht?

Wenn man die deutsche Presse der letzten Tage verfolgt und sich besonders für die Frage interessiert, ob mit einer Berufung von Nationalsozialisten in die Regierung für die nächste oder eine spätere Zeit zu rechnen ist, so wird man an das Blätterzupfspiel erinnert, in welchem das Orakel befragt wird. Das gleiche leider nicht so neckische Spiel wird in der deutschen Oeffentlichkeit getrieben. Kommt Hitler oder kommt er nicht? Und wenn er kommt, wann wird er kommen? Vor zwei Wochen schien es nach den Ansprachen eines prominenten Zentrumssprechers in Münster und nach der Antwort eines nationalsozialistischen Abgeordneten, namentlich, wenn man die Besuche Hitlers bei Hindenburg und General Schleicher in Betracht zog und sich den respektvollen Ton in Erinnerung zurückrief, den Reichskanzler Brüning in seiner Reichstagsrede gegenüber Hitlers offenem Brief fand, als ob nur Tage oder Wochen Deutschland von dem Augenblicke trennen, in welchem Frick oder ein anderer Nationalsozialist das deutsche Reichsinnenministerium verwalten und die Partei die Anwartschaft auf Uebernahme auch des höchsten Postens, nämlich des Reichskanzleramtes, erheben würde. Vor acht Tagen fand aber eine Tagung der Zentrumsleitung statt, in welcher Kaas und Brüning das Gerede von Koalitionen in das Reich der Märchen verwiesen und von den Nationalsozialisten als einem Konglomerat gesprochen wurde, mit dem man keine ernste Politik treiben könne.

All dieses Für und Wider wurde in Deutschland und auch im Auslande mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Absage des Zentrums auf ihrer Parteitagung wurde dahin gedeutet, daß mit Rücksicht auf die in Schwebe befindlichen außenpolitischen Verhandlungen weder Brüning noch Hitler sich mit dem Anschein belasten wollten, daß sie einander zustreben. Brüning nicht, weil er durch eine derartige Situation seine Verhandlungsfähigkeit gegenüber Frankreich erschweren würde und Hitler nicht, weil es ihm offenbar auf Grund seiner bisherigen Propaganda nicht im Traume einfallen kann, seine Unterschrift unter Abmachungen zu setzen, die getroffen werden müssen, und die er zum Gegenstande rücksichtsloser Kritik machen wird. Immerhin ging durch die linken Parteien Deutschlands und auch durch die jüdischen Kreise, ohne Unterschied deren parteimäßige Einstellung, ein Aufatmen, als die Absage des Zentrums an die Nationalsozialisten bekannt wurde. Offen und zwischen den Zeilen wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es bis zu einer Uebernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten oder bis zu einer Teilnahme der Nazis an einer Regierung noch lange Weile habe und man meinte, daß viel gewonnen sei, wenn man Zeit gewonnen hat. Man hofft auf einen Zerfall der Nationalsozialisten, man hofft auf ein Wunder, welches die Hakenkreuzlerpartei zerschmettern wird und übersieht die Tatsache, daß die Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl an Einfluß und Stimmenzahl gewinnen. Man übersieht ferner, daß die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer schließlichen verantwortlichen Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung und in der Folge wohl auch in der Regierung Preußens schon heute lähmend wirkt und Erscheinungen zeitigt, die im alltäglichen Leben sich besonders schwer gegen diejenigen Elemente auswirken, denen die Todfeindschaft der Nationalsozialisten gilt.

In dieser Hinsicht war der zweite Kurfürstendamm-Prozeß, in welchem die Angeklagten Graf Helldorf und Ernst zu je sechs Monate Gefängnis verurteilt und auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen wurden, lehrreich genug. Man erinnere sich, mit welcher Entschiedenheit im ersten Prozeß, sowohl der Gerichtsvorsitzende wie auch der zweite Staatsanwalt das Problem der Kurfürstendamm-Krawalle angepackt haben. Als es dann zur Verhandlung über den Einspruch der nationalsozialistischen Rechtsanwälte gegen den Vorsitzenden im ersten Kurfürstendamm-Prozeß kam, den die Nazis als befangen ablehnten, erlebte man, daß diesem Einspruch stattgegeben wurde. Es kann keinem Menschen einfallen zu behaupten, daß diese Entscheidung des Berliner Kammergerichtes irgendwie durch außerhalb des Gerichtes stehende Faktoren und außerhalb des Rechtes liegende Argumente zustandegekommen ist. Immerhin war die allgemeine Atmosphäre ein bißchen anders geworden, und das mag erklären, warum der zweite Kurfürstendamm-Prozeß gegen Helldorf und Genossen wegen der Anführerschaft bei den Kurfürsterdamm-Krawallen im Tone und in Skandierung so anders ausgesehen hat als der erste. Dazu hat wohl auch der Umstand beigetragen, daß die Nationalsozialistische Partei beim zweiten Prozeß mit ihren stärksten Kanonen aufgefahren ist. Als Verteidiger fungierten der Justitiar der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Frank aus München und der Rechtsanwalt Freisler aus Kassel. Beide bemühten sich vor Gericht, die Legalität der Nationalsozialisten zu betonen.

Da die Nationalsozialisten immerhin in ernster Kombination stehen, regierungsfähig zu werden, so kann man doch nicht ohne weiteres einen Grafen Helldorf mit dem Führer einer zügellosen, revolutionären, die Gesetze des Staates grundsätzlich leugnenden Rotte vergleichen. Man muß es den Nationalsozialisten glauben, daß sie momentan den ernsten Willen haben, legal zu sein. Denn — und darüber kann es wohl nicht allzu viele Zweifel geben — auch auf diesem Wege können sie zu ihrem Ziel gelangen. Wenn der Naziverteidiger am 7. November in Berlin vor Gericht erklärt hat, daß seine Partei im deutschen Volke 12 Millionen Anhänger habe, so ist das leider wahr und eine Tatsache, die man nicht gut in Abrede stellen kann. Hat man aber eine derartige Anhängerschaft hinter sich, dann braucht man wirklich keine Krawalle und Skandale, um auf Umwegen und durch Hinterpforten zur Macht zu gelangen, sondern da wandelt man die breite, bequeme Chaussee der bestehenden Einrichtungen, der Landesparlamente und des Reichstages und gelangt dahin, wohin man gestrebt hat, nämlich zur Erreichung der Macht. Ob man nach Erlangung der Macht auch weiter legal bleiben wird, ob man, einmal an die Spitze gelangt, sich dann durch Abstimmungen aus der Macht wird drängen lassen, ist eine Frage, über die man ernstlich nachdenken sollte. Das Beispiel des Faschismus in Italien läßt befürchten, daß Hitler und seine Leute, einmal zur Macht gelangt, sie nicht aus der Hand geben werden, wenn „legale Voraussetzungen", wie Abstimmungen und Wahlen, das von ihnen fordern werden.

Die Situation der Juden angesichts dieser Entwicklungsmöglichkeiten ausführlich zu schildern, sei für ein anderes Mal vorbehalten. Natürlich werden die Nazis, wie zuletzt einer ihrer hervorragendsten Redner in Berlin erklärte, zur Macht gelangt, keine antijüdische Pogrome veranstalten. Es gibt ganz andere Mittel und Wege, um den Juden in Deutschland das Leben unerträglich zu machen. Vor Jahren sprach ein Statthalter im österreichischen Reichsrat den Grundsatz aus, daß ein Kulturland sich davor hüten müsse, gegen Juden Pogrome zu veranstalten oder solche zu dulden, wie es in Rußland vorgekommen ist. Ein Kulturland habe andere Wege zu gehen, z. B. den Weg der Bienenpolitik. Befragt, was das bedeuten solle, erklärte jener Statthalter, er hieß Korjtowski: „Wenn man Bienen los werden will, so entzieht man ihnen die Nahrung und räuchert sie aus, ohne sie zu verbrennen." Ohne Gesetze kann eine Verwaltung bestimmten Kreisen der Bevölkerung dermaßen zusetzen, daß man das Leben als Hölle empfindet. Man muß sich diese Möglichkeiten vor Augen halten und beizeiten die Mittel überlegen, um sich zur Wehr setzen zu können. Schließlich haben die Juden noch ganz anderen Mächten widerstanden und sind nicht vernichtet worden. Sie werden, wenn sie nur entschlossen dazu sind, auch die politisch bösen Zeiten überstehen, die möglicherweise schon in absehbarer Zeit für sie in Deutschland hereinbrechen können.

In der Warschauer Judenstadt.

Seit einigen Tagen befindet sich die Warschauer Judenstadt in Aufruhr. Ein Haufe aus Geflügel, Socken, Marktweibern, Fuhrleuten, Schuhständen, Fleischereien, Nichtstuern, hungernden Kindern und Philosophen — ist in Bewegung geraten. Er würde sich fortrollen, gäbe es einen Ort, wohin er rollen könnte. Da es keinen gibt, bleibt er da.

Von Platz zu Platz, von Straße zu Straße flackern Unruhen auf. Während im Kern jeder Gruppe die Schlägerei vonstatten geht, beteiligt sich an ihr die Bevölkerung, in weitem Umkreis, mit Augen, Gesten und verschreckten Rufen. Auf ihren Ladenstufen stehen die Kleinhändler, in ihren Fenstern liegen die Schneider und verfolgen, über die Köpfe hinweg, jede Phase der Bewegung. Die Frauen treiben ihre Kinder, unter Geschrei, in die großen, dunklen Holztore. Siebzigjährige Juden, mit Kappe, weißem Bart, Kaftan und Stiefeln, flüchten mit sklerotischen Bewegungen über die holperigen Steine. Sie wissen nicht, vor wem, sie wissen nicht, wohin, sie wissen nur: „Man schlägt . . .!"

Man schlägt seit 800 Jahren, und wenn sich die alten Juden über etwas wundern, so über die vergleichsweise lange Frist, die seit der letzten Schlägerei verstricht. Man schlug, wenn Kriege verloren waren, man schlug, wenn Gouverneure verfehlte Spekulationen unternommen hatten, warum soll man nicht schlagen, wenn die Welt unter den Schlägen der Krise aus den Fugen geht? Wie müßte man schlagen, um die Proportionen herzustellen zwischen einem lumpigen zaristischen Gouverneur und der tausendfachen Sprengwirkung dieser Krise! Wird man so schlagen? Man schlägt, bisher, verblüffend wenig . . .

Inzwischen ziehen die Studenten, truppweise, über den Fahrdamm. Stöcke in der Hand, die Mäntel offen, die Mützen kokett im Nacken illustrieren sie, ohne es zu ahnen, ihren eigenen Untergang. Weil das Monopol der Akademiker nicht mehr existiert, weil ein Teil von ihnen Hunger leidet, weil sie an der Mehrzahl ihrer älteren Berufsgenossen die Ausweglosigkeit ihrer Zukunft sehen — deswegen werfen sie den Kopf in den Nacken, weiten mit Phrasen die bepustelten Backen und ziehen, zorngeschwellt, gegen die Stelle des geringsten Widerstandes. Können sie nicht mehr die Herren markieren, wollen sie wenigstens die Herrchen sein . . .

So zogen sie gegen Danzig: „Weg mit der preußischen Klaue von Danzig!", so zogen sie gegen Treviranus: „Nieder mit Treviranus", so zogen sie letzthin gegen Lettland: „Kampf gegen die Frechheit der Letten". Immer glaubten sie die Drahtzieher zu sein, während sie die Geschleiften waren. Am eigenen wechselseitigen Gebrüll sind sie, für Stunden wenigstens, so mächtig und stark, wie sie es, ohne erst brüllen zu müssen, in besseren Zeiten ein ganzes Leben lang waren.

Was haben die Juden den Studenten getan? Gar nichts. Es wird nicht einmal behauptet, daß sie ihnen etwas getan hätten. Haben sie ihnen Stellen weggenommen? Sie haben selber keine. Die große Masse der polnischen Juden ist so verelendet, daß, ihr gegenüber, das polnische Proletariat eine privilegierte Schicht darstellt. Und der Numerus clausus, praktisch bereits durchgeführt, würde den polnischen Studenten, wollte man ihn von neuem legalisieren, bestenfalls nur wenige neue Hungerplätze einbringen. Nicht die Zahl der vorhandenen Stellen könnte er vermehren, nicht die Ausweglosigkeit des Studiums beheben, nicht die Krise.

Und haben etwa die jüdischen Studenten ihre christlichen Kollegen provoziert? Nichts gegen die jüdischen Studenten, es gibt auch unter ihnen Charaktere. Aber ein guter Teil von ihnen, weit entfernt zu provozieren, verleugnet vielmehr, von je, sein Judentum in einer peinlichen Weise. Das ist das historische Erbe und die Sonderart des polnischen Judentums: es umschreibt, seiner Zusammensetzung nach, einen schillernden, auf den ersten Blick unübersehbaren Bogen von 180 Grad. Von Judentypen antiken Formats geht es über die Philosophen und die Gleichgültigen zu den Verleugnern, von den Verleugnern über die Achtelgetauften, Viertelgetauften, Halbgetauften zu den Getauften, von den Getauften über die Doppeltgetauften zu jenen allpolnischen Magnaten, die baß verwundert sind zu hören, daß sie einmal Juden waren. Die jüdischen Studenten, die geraden immer ausgenommen, gehören schon vermöge ihrer Jugend nicht zu den antiken Charakteren.

Nun werden sie, Komik der Situation, durch die Angriffe der Kommilitonen zu einer Betonung ihres Judentums gezwungen, die sie aus freien Stücken nie erwogen. Sie müssen mitspielen in einem Spiel, das, geschichtsgebunden, seine eigenen Gesetze hat. Gäbe es gerade einen mißliebigen Dozenten in Warschau, Gumbel, Lessing oder Dehn, zögen die Studenten gegen ihn. Da die Historie, obwohl er gebraucht wird, verabsäumt hat, ihn zu stellen, gibt es nur — die Juden.

Rudolf Herrnstadt im B. T.

Die Judenhetze an den Warschauer Hochschulen auf dem Höhepunkt.

Die Ereignisse am Freitag und am Sonnabend. — Eine Schlacht in der „Krakauer Vorstadt". — Ueber 100 verletzte jüdische Studenten und mehrere verletzte jüdische Straßenpassanten.

Die blutigen Ausschreitungen gegen die jüdischen Studenten an der Warschauer Universität, die die ganze Woche andauerten, nahmen am Freitag und am Sonnabend an Umfang zu und dehnten sich auf die übrigen Hochschulen, wie Polytechnikum, Handelshochschule und landwirtschaftliche Hochschule, aus. Die Unruhen am Freitag dauerten bis tief in die Nacht hinein.

Am Freitag trat der von den jüdischen Studenten gebildete Selbstschutz zum erstenmal in Aktion. Die jüdischen Studenten kamen zu den Vorlesungen in geschlossenen Gruppen, so daß die Nationaldemokraten zunächst keine Ueberfälle wagten. Während der Vorlesungen lärmten die nicht in die Universität gehörenden nationaldemokratischen Studenten in den Gängen und schrien „Juden heraus! Numerus nullus für Juden!" Auf ein Signal hin wurden die Türen zu den Vorlesungssälen aufgerissen, die Demonstranten drangen in die Säle ein und trieben die jüdischen Studenten unter Schlägen und Beschimpfungen hinaus. Der Rektor hielt eine Ansprache, in der er die Nationaldemokraten aufforderte, auf dem Territorium der Universität Ruhe zu bewahren, was aber außerhalb der Universität geschehe, gehe ihn, den Rektor, nichts an. Die Juden sollen nur nicht provozieren. Die jüdischen Studenten sahen in dieser Ansprache eine Ermunterung zu weiteren Ausschreitungen. Als aber die jüdischen Studenten die Halle verließen, wurden sie von einer ungeheuren Uebermacht mit dicken Knüppeln, Eisenstäben und Steinen bewaffneter Huligans überfallen. Die überraschten jüdischen Studenten konnten sich nicht wehren. Viele von ihnen wurden so schwer mißhandelt, daß sie in das Krankenhaus geschafft werden mußten. Ein Teil der überfallenen jüdischen Studenten flüchtete zum Gebäude hinaus. Am Tore wurden sie von einer großen Gruppe Nationaldemokraten empfangen, die mit Gummiknüppeln auf sie losschlugen. Hier draußen schritt die Polizei ein und befreite die jüdischen Studenten aus ihrer gefährlichen Lage.

Während der Verhandlungen durch den Rektor wurde die Nachricht überbracht, daß die Nationaldemokraten dem bekannten Maler Professor Slupki, in der Meinung, daß er ein Jude ist, den Bart ausgerissen und die Kleider vom Leibe gezogen haben. Gleich darauf traf eine zweite Nachricht ein, daß Frau Lukaszewicz, die Gattin des Rektors, die wie der Rektor selbst mit der nationaldemokratischen Jugend offen sympathisiert, von Nationaldemokraten überfallen und sehr schwer mißhandelt wurde. Die Huligans entschuldigten sich damit, daß sie glaubten, Frau Lukaszewicz sei Jüdin. Auf diese Nachrichten hin verfügte der Rektor die Schließung der Universität.

Während die Nationaldemokraten fortwährend Versammlungen abhalten dürfen, wurde eine für Freitag abend nach dem jüdischen Akademikerheim einberufene Kundgebung jüdischer Studenten verboten. Innenminister Pieracki weigerte sich, eine Abordnung jüdischer Studenten, die bei ihm vorsprechen wollte, zu empfangen.

Auch an der Handelshochschule kam es zu antijüdischen Unruhen, in Flugblättern wurden die polnischen Studenten aufgefordert, die Juden zu schlagen.

Auch an der Landwirtschaftlichen Hochschule kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den nationaldemokratischen und den jüdischen Studenten, wobei fünf Juden verletzt wurden.

Schwere Unruhen in Warschau auch am Sonntag.

Am Sonntag, den 8. November, kam es in den Straßen Warschaus abermals zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen nationaldemokratischer Studenten. Große Studententrupps begaben sich in die jüdischen Wohn- und Geschäftsviertel, wo sie antisemitische Hetzrufe ausstießen und jüdische Passanten auf das brutalste mißhandelten. An jüdischen Läden und Wohnungen wurden die Fensterscheiben eingeschlagen. Von den Straßenbahnen wurden die jüdischen Fahrgäste heruntergezerrt und mißhandelt. Schließlich stellte sich die jüdische Jugend den Huligans entgegen, es kam zu einer förmlichen Straßenschlacht, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab. Die Polizei drängte die Studentenhuligans aus den jüdischen Vierteln hinaus. Mehr als hundert Personen wurden verhaftet.

Die zionistischen Gemeinde-Mandatare Deutschlands lehnen den Regierungsentwurf zum preußischen Judengesetz entschieden ab.

Berlin, (JTA.) Die aus ganz Deutschland, insbesondere aus Preußen, am 8. November in Berlin versammelt gewesenen zionistischen Gemeindevertreter (Vorstandsmitglieder und Repräsentanten), die Mitglieder der Fraktion der Jüdischen Volkspartei im Preußischen Landesverband, sowie die Mitglieder der Gemeindekommission der Z. V. f. D. nahmen u. a. folgende Beschlüsse an:

„Der uns vorgelegte Referentenentwurf eines Gesetzes über die preußischen Synagogengemeinden ist in allen Teilen ein unerträglicher Rückschritt gegenüber der bestehenden Rechtslage. Er ist unter völliger Mißachtung des einheitlichen Votums der berufenen Vertretung der preußischen Juden zustande gekommen. Die Einheit der Judenheit wird zerschlagen, indem noch stärker als bisher die Bildung von Sondergemeinden zugelassen wird. Die Erleichterung des Austritts bedroht den Bestand, die äußere Sicherheit und die innere Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinden. Die Gleichberechtigung aller Gemeindemitglieder, diese für uns niemals aufzugebende Grundlage einer jüdischen Gemeinde, wird durch den Entwurf aufs schwerste gefährdet.

Wir erblicken in diesem Entwurf eine gegen den Bestand und die Entwicklung des Judentums gerichtete Vorlage und werden ihn entschieden bekämpfen.

Wir stellen fest, daß der Wille der preußischen Juden in den Beschlüssen des Landesverbandes vom Jahre 1928 niedergelegt ist."

Ein Notprogramm der Jüdischen Wohlfahrtspflege.

Vorstandssitzungen der Zentralwohlfahrtsstelle und der Hauptstelle.

Am Sonntag, den 1. November 1931, traten der geschäftsführende Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Reichsvorstand der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise in Berlin unter Vorsitz von Dr. Baeck und Dr. Oscar Cohn zu Sitzungen zusammen, welche aus dem Reich zahlreich besucht waren. Im Mittelpunkt der Erörterungen der Vorstandssitzung der Zentralwohlfahrtsstelle stand ein Notprogramm der jüdischen Wohlfahrtspflege, das Gegenstand einer eingehenden Aussprache war, die mit der Annahme der folgenden Entschließung endete:

„Der am 1. November 1931 aus dem Reich in Berlin versammelte geschäftsführende Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden richtet im Anschluß an das ihm vorgelegte Notprogramm an die jüdischen Gemeinden den dringenden Aufruf, auch und gerade in diesem Jahre der Not daran festzuhalten, daß die jüdische Wohlfahrtspflege eine primäre, lebensnotwendige Pflichtaufgabe der jüdischen Gesamtheit und der jüdischen Gemeinden ist. Ist eine Etatseinschränkung notwendig, so darf sie unter keinen Umständen die Wohlfahrtspflege stärker als andere Positionen treffen. Vielmehr muß der notwendige Umbau der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden allgemein und von Grund auf, unter Wahrung der unerläßlichen Aufgaben des Mindestprogramms der Wohlfahrtsarbeit erfolgen.

Stärkste Planmäßigkeit der Anstalts- und offenen Fürsorge unter strenger Ausschaltung aller Doppelarbeit, und Verbesserung und Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Hilfstätigkeit der Gemeinden und der überall unentbehrlichen freien Hilfsarbeit durch Vereine und Anstalten ist nachdrücklichst zu fordern. Besonderes Augenmerk ist auf die Arbeit für die männlichen und weiblichen Jugendlichen und auf die Erhaltung und Oeffnung einfachster, aber ausreichender, allen offen stehender Jugendheime zu richten.

Der Vorstand stellt fest, daß die tätige Mitwirkung der jüdischen Wohlfahrtspflege in der allgemeinen deutschen Winterhilfe überall durchgeführt ist und unterstützt diese Mitwirkung aufs stärkste. Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden fordert im gegenwärtigen Notjahr zu besonderen Opfern für die allgemeine und für die jüdische Not auf. Sie ruft auf zu stärkster persönlicher Hilfe, stärkster Zusammenarbeit, stärkster Opferbereitschaft".

Wirtschaftsinstitut. — Darlehnskassenwesen, Arbeiterkolonie, Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen.

In gemeinsamer Sitzung behandelten die Vorstände beider Stellen die bedeutsame, die jüdische Presse und Oeffentlichkeit weithin beschäftigende Frage der Errichtung einer Wirtschaftsstelle (Wirtschaftsinstitut). Es wurde beschlossen, dieser Frage in den nächsten Wochen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und alle Anstrengungen zu machen, um bei der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden unter Mitarbeit von fachkundigen Persönlichkeiten aus allen Teilen des Reiches eine solche Einrichtung baldigst zu schaffen.

Ferner befaßte sich die gemeinsame Sitzung mit dem Stand und dem Ausbau des jüdischen Darlehnskassenwesens. Es wurde mit Befriedigung von den bereits durchgeführten Förderungsmaßnahmen (Kapitalbeschaffung, Zinsverbilligungsfonds usw.) Kenntnis genommen, sowie von der Einrichtung einer Zentralstelle für das jüdische Darlehnskassenwesen in Deutschland, in welcher die Zentralwohlfahrtsstelle und der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden zusammenwirken. Auch hierzu wurde beschlossen, alle Energien einzusetzen, um den weiteren Ausbau, und zwar vor allem von Bezirksdarlehnskassen, in allen Teilen des Reiches vorwärtszutreiben.

Aus der Israelitischen Gemeinde Bremen

Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Synagoge Gartenstraße 6.

Wochentags
morgens .... 7 Uhr
abends ....16^{30} Uhr

Jugend-Gottesdienst:
Sonnabend. den 14 November 16^{30} Uhr.

Sabbat
Freitag, 13. Nov. ....16^{30} Uhr
Freitag, 20. Nov. ....16^{20} Uhr
Sonnabend: Morgengebet. 8^{30} Uhr
Schrifterklärung.........10 Uhr
Mincha 14. Nov.........16^{30} Uhr
Mincha 21. Nov.........16^{20} Uhr
Mincha 28. Nov.........16^{15} Uhr
Nacht ..14. Nov.........17^{17} Uhr
Nacht ..21. Nov.........17^{09} Uhr
Nacht ..28. Nov.........17^{04} Uhr

Sabbat	Thora-Vorlesung
14. November	**Tol'doth** 1. Buch Moses 25^{9}—28^{9})
4. Kislew	Haftara: Maleachi 1^{1}—2^{7}
21. November	**Wajeze** (1. Buch Moses 28^{10}—32^{2})
11. Kislew	Haftara Hosea 12^{13}—14^{10}.
28. November	**Wajischlach** (1. Buch Moses 32^{3}—36^{43})
18 Kislew	Haftara: Obadja 1^{1}—^{21}.

Organisation der Jüdischen Wohlfahrtspflege in Bremen.

Zentralstelle: Jüdisches Wohlfahrtsamt, Gartenstraße 6/7.
Sprechzeit: Montag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr.
Postscheckkonto: 55698 Hamburg.

A. **Offene Wohlfahrts-Einrichtungen:**
1. Wohlfahrts-Kommission der Israelitischen Gemeinde.
2. Fürsorge-Ausschuß für jüdische Durchwanderer.
3. Gemeinderats-Kommission für das Auswandererwesen.
4. Jugendbeirat des Gemeinderats.

B. **Selbständige Wohlfahrts-Anstalt:**
Jüdisches Altersheim an der Morgenlandstraße.
Gegr. 5. Mai 1925. — Büro: Gröpelinger Heerstraße 167.

C. **Selbständige Wohlfahrts-Stiftungen:**
1. Heinrich und Lene-Neuberger-Waisen-Stiftung (rechtsfähige Stiftung).
2. Moses.-Schragenheim-Stiftung für Krankenpflege.

D. **Selbständige Wohlfahrts-Vereine:**
1. Kranken-Wohltätigkeits-Verein der Israelit. Gemeinde, e. V. (Chewra Kadischa). Gegr. 1853.
2. Israelitischer Frauenverein. Gegr. 1872.
3. Bremer Komitee für hilfsbedürftige jüdische Auswanderer. Gegr. 1892.

E. **Milde Stiftungen, unter Verwaltung des Gemeindevorstands:**
1. Adolph-Abraham-Stiftung für unbemittelte alte gebrechliche Juden.
2. Eduard Abraham-Stiftung für Wohlfahrtspflege.
3. Helene-Bitter-Stiftung für unterstützungsbedürftige Juden.
4. Heinrich- und Lene-Neuberger-Fonds für Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder.

F. **Gemeindliche Wohlfahrts-Fonds:**
1. Ausstattungs-Stiftung für jüdische Bräute.
2. Beamten-Pensions-Fonds.
3. Witwen- und Waisen-Fonds.
4. Wohlfahrts-Fonds (Zedakah).

Sprechzeiten in den Verwaltungsbüros.
Fernruf: Domsheide 2 85 88.

Gemeindevorstand (Konferenzzimmer Gartenstraße 7):
Werktags 10—11 Uhr.

Wohlfahrtspflege (Gartenstraße 6, part.):
Montag und Donnerstag 9—12 Uhr.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend).
16. November: S. Direktorowicz
18. November: Herm. Fink
19. November: B. Zacharias
22. November: Rud. Katz
23. November: Max Abraham, Adolf und Nathan Grünberg
24. November: Georg Fischbein
27. November: Siegfried Ries
28. November: Willy Stein
30. November: Heinr. Rosenblum, B. Schustermann

Wer zu Hause kein Jahrlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die **Gedächtnis-Licht-Einrichtung** in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch **Spenden an unsere Gemeindevereine** sozial zu betätigen.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Werner Michelsohn aus Hamburg, 24 Jahre alt, am 3. November (nach Hamburg überführt).

Bremer Nachrichten.

Der Reichsvorstand der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge hielt am Sonntag, den 1. November, gemeinsam mit dem Vorstand der Zentral-Wohlfahrtsstelle der deutschen Juden eine Sitzung in Berlin ab, um ein Notprogramm der jüdischen Wohlfahrtspflege zu entwerfen. Als Vertreter des Fürsorgeausschusses für jüdische Durchwanderer und des jüdischen Wohlfahrtsamts Bremen hat Herr Hugo Levy an den Verhandlungen teilgenommen.

Die Bremer Winterhilfe ist zwar in vollem Gange, es kann jedoch nicht oft genug auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, sowohl der Kleiderkammer des jüdischen Wohlfahrtsamts wie der Pfundspende des Israelitischen Frauenvereins zu gedenken und nicht denjenigen Geberkreisen alles allein zu überlassen, die regelmäßig für Zuwendungen Sorge tragen.

Jugend-Gottesdienst findet am Sonnabend, den 14. November, pünktlich 16.30 Uhr beginnend, in der Synagoge statt. Die

Eltern der schulpflichtigen Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, die Kinder zum Besuch des Jugendgottesdienstes anzuhalten.

Das 30jährige Bestehen kann die jüdische Jugendvereinigung in diesem Monat feiern. Aus diesem Anlaß finden mehrere Veranstaltungen statt: Am 4. November sprach Herr Siegfried Bacharach-Hannover über das Thema: „Woher — Wohin?“ auf einem überaus gut besuchten Heimabend. Am Sonnabend, 7. November, fand sich die jüdische Jugend im Bildersaal des Haghauses zu musikalischen Darbietungen und Tanz zusammen, während das Jubiläum selbst in Form einer Morgenfeier am Sonntag, den 15. November, 11.15 Uhr, im Haghaus an der Böttcherstraße festlich begangen werden soll. Wie mitgeteilt wird, hält Herr Siegbert Zacharias „Rückblick auf 30 Jahre Jugendarbeit“. Den Festvortrag hat Herr Rabbiner Dr. Hahn-Essen übernommen. Thema: „Religion und Wirtschaft“. Der eigentliche Gründungstag des Jugendvereins war der 10. November 1901. Die Gründung des Vereins „Freundschaft“ (Verein israelitischer junger Leute) erfolgte damals unter der Aegide von Herrn Elias Schragenheim im Hotel „Stadt Bremen“. Am Mittwoch, den 18. November (Buß- und Bettag) unternehmen die Mitglieder der Jugendvereinigung eine Kulturfahrt nach Hamburg, um daselbst die Sehenswürdigkeiten zu besichtigen. Treffen am Hauptbahnhof 6.25 Uhr. Rückkehr 22.17 Uhr. Kosten ca. 5 Mark. Am Mittwoch, den 25. November, 20.30 Uhr im Heim: Arbeitsgemeinschaft über „Film“. Leitung: Ludwig Markreich.

Jüdische Jugend-Vereinigung. Am Mittwoch, den 14. Oktober, hielt Herr Karl Neißer ein Referat über das Thema: „Geprüfte Generationen“. In drei Teilen gliederte sich der Vortrag „Rückkehr zum bewußten Judentum“, d. h., mehr Kenntnis von den ethischen Werten unserer Religion, Kenntnis von unserer Geschichte und den Taten unserer Großen, denn dann erhalten wir das Standesbewußtsein, durch das wir den „Prüfungen“ dieser Zeit, denen unsere Generation, ob jung oder alt, ausgesetzt sind, besser standhalten können. Das jüdische Volk hat kraft seines Glaubens Stürme überstanden, denen andere Völker unterliegen mußten. Haben wir erst wieder das Selbstbewußtsein, dann können wir auch von denjenigen unserer Mitmenschen die Achtung verlangen, die uns verweigert wird. „Abkehr von den alten Berufen“. Nicht mehr in die Fußtapfen der Väter treten! Jenes uns anerzogene Vorurteil anderen Berufen gegenüber überwinden! Als freie Menschen Berufe ergreifen, die eine Gesundung und Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise mit sich bringen: Landwirtschaft und Handwerk. — Zum besseren Verständnis des Schlußkapitels: „Nächstenliebe“ las der Referent eine Legende von Emil Bernhard Cohn „Die große und die kleine Menschenliebe“ vor. Wahre Nächstenliebe ist nicht durch viele begeisterte Reden auszuüben, sondern durch kleine Dienste an unseren allernächsten Mitmenschen am besten zu erfüllen. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion ergab, daß sich unsere Jugend schon ernstlich mit den angeschnittenen Fragen beschäftigt hat. Es wurde insbesondere gefordert, den Vorschlag der Berufsumschichtung durch eine besondere Aktion in die Tat umzusetzen.

Denkt an die Pfundspende und an die Winterhilfe des Jüdischen Wohlfahrtsamts! Berücksichtigt auch jüdische Geschäftsleute und jüdische Handwerker bei euren Bestellungen!

Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat an seine Landesverbände und Beamte ein Rundschreiben gerichtet und sie aufgefordert, die Ortsgruppen des Vereins zu einer tätigen Anteilnahme an der Winterhilfe zu veranlassen. Vor allem soll der Versuch gemacht werden, in jüdischen Betrieben mittleren und größeren Umfangs, die eine Kantine besitzen, Speisungen für Bedürftige, besonders für Kinder, durchzuführen. In Bremen, wo täglich 100 Kinder aus der Kantine eines jüdischen Betriebs Speisung erhalten sollen, wird damit der Anfang gemacht. Die Zuweisung der Kinder geschieht durch örtliche Organisation ohne Rücksicht auf ihre Parteieinstellung. Die Kinder bekommen für 10 Pfg. ein kräftiges und reichhaltiges Mittagessen, wobei die Firma einen Zuschuß von etwa 30 Pf. täglich pro Kind leistet.

Die lichten Nachmittage des Israelitischen Frauenvereins beginnen wieder. Der Israelitische Frauenverein nimmt am Dienstag, den 17. November, seine Unterhaltungsnachmittage in den Ratsstuben wieder auf. In einer so schweren Zeit wie der unseren glaubt der Israelitische Frauenverein die besondere Verpflichtung zu haben, durch gehaltvolle Veranstaltungen von den Sorgen des Tages abzulenken. Die erste dieser Veranstaltungen trägt den Titel: „Die Bibel in Malerei, Dichtung und Klang.“ Einleitend wird Herr Rabbiner Dr. Aber Worte des Gedenkens an Lesser Ury sprechen. Aus Werken von Stephan Zweig und Beer Hoffmann wird Frau H. Wolff lesen. Biblische Themen im Lied wird Frau Alice Freudenberg zu Gehör bringen. Ein so reichhaltiges Programm darf auf das Interesse weiter Kreise rechnen. Beginn 16.30 Uhr.

Katzenellenbogen. In der Bremer politischen Presse ist ein Streit entbrannt über den Sturz dieses Wirtschaftsführers, dessen Verhalten in bekannter Weise dem Judentum zur Last gelegt wird. Wie wenig es angebracht ist, aus den Praktiken eines solchen Mannes antisemitisches Kapital zu schlagen, zeigt folgender Bericht, der die Sachlage etwas anders beleuchtet, wie die Tageszeitungen. „Der Krotoschiner Ludwig Katzenellenbogen, der Gewaltige des Schultheiß-Patzenhofer-Konzerns, der Gatte der Künstlerin Tilla Durieux, der Mäzen Erwin Piscators, ist durch Fehlspekulationen von seinem Generaldirektorssockel gestürzt. In der Rechtspresse wird wieder einmal davon gesprochen, daß ein „jüdischer Wirtschaftsführer“ durch seine Machtgier und Zügellosigkeit Unglück über viele vertrauensvolle Aktionäre der von ihm geleiteten Werke gebracht hat. Ludwig Katzenellenbogen ist längst aus dem Judentum ausgetreten. Seine Kinder hat er taufen lassen. Er pflegte sich gern mit adligen Sekretären zu umgeben und war stets begierig, in der „vornehmen“ Gesellschaft eine Rolle zu spielen. Mit Judentum und jüdischen Dingen hatte er persönlich nichts gemein. Ludwig Katzenellenbogen ist — seine wirtschaftliche Bedeutung, seine wirtschaftlichen Großtaten und Fehlleistungen interessieren uns in diesem Zusammenhange nicht — ein abgefallenes Reis des jüdischen Stammes und hat nur für das Judentum die Bedeutung, daß er in der judenfeindlichen Agitation neben anderen ähnlichen „jüdischen“ Wirtschaftsführern als Typus des — wie die Nationalsozialisten sagen — „raffenden“ Kapitalisten genannt wurde. Das jüdische Konto hat er also gleich vielen andern aus ähnlichen Krotoschiner oder anderen Verhältnissen hervorgegangenen jüdischen Fahnenflüchtigen schwer belastet. Vom jüdischen Standpunkt aus betrachtet, ist Ludwig Katzenellenbogen eine jüdische Entartungserscheinung in dem Sinne, daß viele unsympathische Züge in seiner öffentlichen Betätigung nicht auf sein Judentum, sondern auf den Minderwertigkeitskomplex des jüdischen Fahnenflüchtigen zurückzuführen sind. Sein menschlicher Weg ist der des typischen Assimilanten und Freigelassenen, wie die Geschichte ähnliche Beispiele schon in den freigelassenen Sklaven des alten Rom zu verzeichnen hat. Auf der Flucht vor Ghetto und Judentum gelangte Katzenellenbogen in die „vornehme“ Gesellschaft und in das Reich der Mäzene, die Richtungen und Leute bezahlen, welche ihnen ins Gesicht spucken. Im Grunde genommen also keine tragische, sondern nur eine tragikomische Figur. Tragisch ist allein die Lage des Judentums, das auch für die Taten derartiger Abkömmlinge noch verantwortlich gemacht wird.“ J. R.

Jüdische Handwerker in Bremen.

Bäcker: B. Gröger, Ostertor-Steinweg 77. S. Rothschild, Osterstraße 56/57.
Gärtner: B. Levin-Moses, Stephanitorsteinweg 5.
Glaser: B. Löwenthal, i. Fa. J. Hagemann Nachflg., Wegesende 12/13.
Musiker: Wilh. Mehrgut, Rostocker Straße 6. Hanna Mehrgut (Klavier-Unterricht), Heerdentor-Steinweg 34.
Klempner: J. Schachtel, Nordstr. 210.
Kürschner: S. Sprei, am Wall 171.
Hutmacher: B. Spitzer, Buntentor-Steinweg 59.
Schildermaler: Alex Lipschitz, Ansgaritorstr. 18.
Schlachter: Ed. Alexander, Falkenstr. 13.
Schlosser: J. Swinicky, Fahrradhandlung, Hohetorstr. 49/53.
Schneider: Jac. Bier, Fleetstr. 29.
W. Ehrlich, Georgstr. 62.
S. Kellmann, Schüsselkorb 20/21.
M. Lubelsky, Sielwall 7.
H. Simche, Gerhard-Rohlfsstr. 35.
Walter Steinberg, Bischofsnadel 12.
Hermann Weinstein, Kaiserstr. 12.
Schneiderinnen: Frau B. Spitzer, Düsternstr. 1. Frau M. Schletter, v. d. Steintor 170.
Schuhmacher: Jos. Goldstein, Manteuffelstr. 13. S. Sverdloff, Münchener Straße 66/70.
Tapezierer: Sally Cohen, Dekorateur, Kantstr. 117.

(Ohne Gewähr für Vollständigkeit.)

Geschäftliches.

Wie aus einem Inserat in dieser Nummer „Neu für Bremen“ hervorgeht, ist in Bremen, Geeren 29/31 I, van der Bergs Pension eröffnet worden. Schon lange war es der Wunsch vieler junger Leute und Reisenden, gut rituell speisen zu können, und wird es daher allerseits sehr begrüßt. Schöne moderne Räumlichkeiten mit moderner Einrichtung bieten den Gästen einen angenehmen Aufenthalt.

Jüdische Nachrichten.

Oldenburgischer Landtag lehnt Schächtverbot ab.

Wie uns die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten mitteilt, ist am heutigen Tage im Oldenburgischen Landtag ein Schächtverbot abgelehnt worden. Dem Landtag hatte ein Antrag von nationalsozialistischer Seite vorgelegen, die in der bisherigen Bestimmung des Staatsministeriums ausdrücklich festgelegte Genehmigung des rituellen Schlachtverfahrens (Schächtens) aufzuheben. Der Antrag auf Einführung des Schächtverbots wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen, Zentrums- und kommunistischen Abgeordneten abgelehnt.

Das Regierungsprogramm der NSDAP.

Berlin. (JTA.) Wie die JTA. bereits mitgeteilt hat, hat Reichstagsabgeordneter Gregor Strasser, nach Hitler der prominenteste Führer der NSDAP., in einer Ansprache im Berliner Sportpalast am 23. Oktober die Entrechtung des Judentums und dessen Ausschaltung aus jeder öffentlichen Tätigkeit als Regierungsprogramm seiner Partei bezeichnet. Die „C.-V.-Zeitung" ist in der Lage, den folgenden Passus aus Strassers Rede wörtlich wiederzugeben: „Eine nationalsozialistische Regierung bedeutet, daß die Herrschaft des Judentums in Deutschland zu Ende ist. Nationalsozialismus hat mit Radauantisemitismus nichts zu tun, er ist ein Bekenntnis zu unserer Art, zu unserer Volkseinheit. Daher Ausschaltung des Judentums aus allen Gebieten, wo es die deutsche Entwicklung zu hemmen imstande ist. Antisemitismus ist immer nur Abwehr. Die Entthronung des Judentums bei uns ist eine Anstachelung für die anderen Mächte. Der erste nationalsozialistische Minister ist das Ende des Judentums in Deutschland".

Gegen antisemitische und antichristliche Verhetzung.

Darmstadt. In einem Ausschreiben an die Kreisämter und Polizeiämter weist Innenminister Leuschner darauf hin, daß die friedliche religiöse Betätigung wiederholt gefährdet und gestört worden sei. Hierher gehöre auch die aufs schwerste zu verurteilende antisemitische Verhetzung. Diesem Treiben sei mit allen Mitteln tatkräftig entgegenzuwirken, wozu die Verordnungen durchaus geeignete Handhaben bieten. Insbesondere sei die Erweckung und Schürung von Gegensätzen zu antichristlichen oder antisemitischen Zwecken als eine Gefährdung der Sicherheit anzusehen. Es müsse jede Vorsorge getroffen werden, daß die gesetzmäßige religiöse oder weltanschauliche Betätigung jedem Staatsbürger unbedingt gewährleistet bleibt. Die Uebung religiöser und konfessioneller Ueberzeugungen im Rahmen der christlichen Kirchen wie der jüdischen Religion, namentlich an Sonn- und Feiertagen, müsse in jeder möglichen Weise geschützt werden.

Antrag auf Einstellung aller Zahlungen an Kirchen und Synagogen vom Preußischen Landtag abgelehnt.

Berlin. (JTA.) Im Preußischen Landtag wurde am Donnerstag, den 22. Oktober, der Antrag der Kommunisten, mit sofortiger Wirkung alle Zahlungen für die Kirchen, Synagogengemeinden usw. einzustellen, abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten, alle anderen Parteien stimmten dagegen.

Große Hinterlassenschaft für den jüdischen Nationalfonds.

Neuyork. (JTA.) Der vor kurzem verstorbene Morris Wohl hat die Hälfte seines auf 750 000 bis eine Million Dollar geschätzten Vermögens dem Jüdischen Nationalfonds hinterlassen. Das Kapital wird aber erst in frühestens zwei Jahren realisiert werden können.



Judenhetze und Ritualmordlegende Kampfmittel der „Deutschen Burschenschaft.

Berlin. (JTA.) Die Deutsche Burschenschaft, die in früheren Zeiten jüdische Kommilitonen in ihrer Mitte zählte, hat sich nunmehr ganz der judengegnerischen Front angeschlossen. In den „Burschenschaftlichen Blättern" werden immer wieder Legenden von jüdischen Mädchenhändlern, Bordellhaltern, Banditenkönigen, Terroristen und Sittlichkeitsverbrechern aufgetischt. Im neunten Heft der „Burschenschaftlichen Blätter" wurde auch noch der „jüdische Ritualmord" als Tatsache hingestellt. Perofessor Otto Rießer, ein Großneffe Gabriel Rießers, schrieb eine Entgegnung, in der er ausführte, die Deutsche Burschenschaft müsse mehr Takt und Traditionstreue aufbringen und dürfe nicht die vielen wertvollen Bundesbrüder jüdischer Abstammung vergessen. Die Schriftleitung druckte den Aufsatz Prof. Rießers ab, beeilte sich aber, sich einen weiteren Aufsatz zu beschaffen, in welchem die judenhetzerischen Feststellungen als offizieller Ausdruck der heutigen Burschenschaftlermeinung hingestellt wurden. Am Ende der Diskussion schrieb die Schriftleitung eine Entschuldigung, daß sie Prof. Rießer überhaupt das Wort gegeben habe; Prof. Rießer, der Takt und Treue gefordert hat, habe gegen wichtige burschschaftliche Grundsätze verstoßen.

16 Juden im neuen englischen Unterhaus.

Bei den Wahlen zum Unterhaus wurden auch 16 Juden gewählt. Dem früheren Unterhaus gehörten 15 Juden an. Die jetzigen jüdischen Parlamentarier gehören alle der Koalition der Nationalen Regierung an. Von den auf der Liste der Labour Party kandidierenden Juden wurde keiner gewählt.

Hoch eingeschätzt wird der moralische Erfolg Sir Herbert Samuels, Ministers des Innern und Führers der National-Liberalen Partei, der mit einer in seinem Wahlbezirk noch nicht dagewesenen Majorität von 4287 Stimmen gewählt wurde.

Sterbefälle

sind im Jüdischen Gemeindebüro, Gartenstraße 7,
Fernruf: Domsheide 28588 und beim Vorstand
des Kranken-Wohltätigkeits-Vereins
Fernruf: Roland 5074, 1790 oder 4081 anzumelden

Verlag: S. Kautmann, Kassel, Hohentorstr. 9, Druck: Volksblatt G. m. b. H. Kassel